

MEINHARD MIEGEL

„Zum Verzweifeln gebracht“

Der Demografie-Experte hält die Rentenpolitik der Regierung für einen Irrweg. Ein Gespräch über die Verführungskünste von Politik, die Notwendigkeit längerer Lebensarbeitszeit - und warum der Bürgeraufstand ausbleibt.

Meinhard Miegel muss nicht lange gebeten werden, sich zur Rentendiskussion zu äußern. Was die Große Koalition da plant, das regt ihn, der sich seit Jahrzehnten mit dem Thema Generationengerechtigkeit beschäftigt, gehörig auf. Dementsprechend nimmt Miegel im Gespräch mit dem Handelsblatt kaum ein Blatt vor den Mund. Für ihn ist klar: CDU, CSU und SPD betreiben in Sachen Rente Klientelpolitik.

Herr Miegel, ist die Rente sicher?
Die Rente ist sicher - die Frage ist nur, in welcher Höhe.

Warum so zynisch?

Weil die aktuellen Rentenpläne der Bundesregierung einen zum Verzweifeln bringen. Mütterrente, abschlagsfreie Rente mit 63, Lebensleistungsrente. Das sind alles teure und falsche Wahlgeschenke, die das ohnehin löchrige Rentensystem weiter zerstören. Die Politik redet viel über die Herausforderungen der Demografie und setzt sich gleichzeitig über die einfachsten Grundrechenarten hinweg. Sie tut so, als lebten wir in Deutschland auf einer Insel der Seligen.

Was ist denn daran auszusetzen, dass jemand, der 45 Jahre lang hart gearbeitet hat, abschlagsfrei mit 63 in Rente gehen kann?

“

Die Politik redet viel über Herausforderungen der Demografie und setzt sich über die einfachsten Grundrechenarten hinweg.

Ich gönne jedem seine Rente. Nur, das ändert nichts daran, dass die Rentner dank des medizinischen Fortschritts noch einen langen Ruhestand vor sich haben, den es zu finanzieren gilt. Da ist das Argument „Die haben ja schon so lange gearbeitet“ irrelevant. Die Bürger müssten länger arbeiten, nicht kürzer.

Aber hat die SPD nicht recht, wenn sie die Rente mit 63 als sozial gerecht verteidigt?
Was heißt denn sozial gerecht? Wenn

ich den Begriff Gerechtigkeit aus dem Mund eines Politikers höre, bedeutet das in der Regel mehr Gleichheit. Wenn ich aber mehr Gleichheit haben will, dann muss ich eine allgemeine, steuerfinanzierte, für alle gleich hohe Grundsicherung einführen. Dann habe ich dieses Ideal verwirklicht. Aber solange an einer leistungsabhängigen Rente festgehalten wird, kann ich mit diesen Ideen wenig anfangen. Das Rentensystem wird durch die aktuellen Vorschläge nicht gerechter.

Sondern?

Es wird immer bröckeliger. Es kommen immer mehr Elemente wie die Mütterrente oder Lebensleistungsrente hinein, die in dieses System nicht hineinpassen. Am Ende steht eine Einheitsrente auf niedrigem Niveau.

Wer sind die Verlierer dieser Politik?

Ganz eindeutig die Jüngeren. Sie verlieren massiv in diesem System. Wer jetzt schon in Rente ist oder bald Rente beziehen wird, kommt noch mit einem blauen Auge davon. Den Jüngeren und insbesondere denen, die jetzt in das System eintreten, werden jedoch immer weiter wachsende Lasten aufgebürdet. Aber das ist der Politik ganz offensichtlich egal. Was die Menschen in 20 oder 30 Jahren von diesem System haben, betrifft die heute agierenden Politiker nicht mehr, und entsprechend verhalten sie sich.

Wenn das so ist, warum gibt es keinen Aufstand der Jungen?

Weil die finanziellen Folgen solcher Rentenpläne schleichend eintreten. Das ist wie bei einer chronischen Krankheit. Die fängt auch zunächst scheinbar harmlos an, und die Reaktionen von Psyche und Physis sind gering, bis die Krankheit den ganzen Menschen erfasst hat. Bei der Rente ist es ähnlich. Bezeichnenderweise gehen die Rentenprognosen der Regierung regelmäßig nicht über das Jahr 2030 hinaus, obwohl die eigentlichen Probleme, nämlich der Eintritt der Babyboomer ins Rentenalter, erst danach kommen.

In der Bevölkerung kommt die Rentenpolitik gut an. Die Mütterrente hat

eine hohe Zustimmung. Denken die Alten nicht daran, dass die Jungen später einmal alles zahlen müssen?

Manche Alte sehen das schon. Aber den meisten ist das Hemd eben doch näher als der Rock. Abgesehen davon hat ein Drittel der künftigen Rentner keine Kinder und weit mehr als die Hälfte keine Enkel mehr. Warum sich dann also Gedanken über die nächste Generation machen? Wenn Politiker vollmundig rufen: „Leute, es gibt was“, dann glauben viele, sie gehörten zu den Begünstigten. Dass die Mütterrente zusätzlich von den Kindern erarbeitet werden muss, sehen doch die wenigsten.

Aber die jungen Politiker müssten

doch schon von Berufs wegen über diese Entwicklung Bescheid wissen. Warum kommt da nicht mehr Widerstand?

Einige wenige haben diesen Widerstand versucht und sich durchaus kritisch zu den Koalitionsvereinbarungen geäußert. Aber das war nicht mehr als ein Aufmucken. Auf die Barrikaden ist keiner gegangen. Das war ihnen offenbar zu anstrengend und riskant.

Und was treibt die etablierten Älteren an?

Ihr Job, den sie sich erhalten wollen. Denn es stimmt ja: Die Wähler befinden sich mehrheitlich in fortgeschrittenem Alter, und dieser Anteil wird von Jahr zu Jahr größer. Die Strategie:

MEINHARD MIEGEL

Der Vor-Denker

Zur Person Meinhard Miegel ist Vorstandsvorsitzender des „Denkwerks Zukunft. Stiftung kulturelle Erneuerung“ und einer der renommiertesten Demografie-Experten in Deutschland.

Werdegang Nach dem Studium der Philosophie, Soziologie sowie Rechtswissenschaften in Washington D.C., Frankfurt/Main und Freiburg von 1958 bis 1966 und einem Abstecher zum Düsseldorfer Henkel-Konzern heuerte Miegel beim damaligen CDU-Vordenker Kurt Biedenkopf an. Es folgten einige Lehraufträge an renommierten Universitäten sowie Vorsitze mehrerer Regierungskommissionen in deutschen Bundesländern. Miegels Engagement, unter anderem als Mitglied der Stiftung für die Rechte künftiger Generationen, wurde mit mehreren hochrangigen Preisen ausgezeichnet – unter anderem dem Cicero-Preis und dem Theodor-Heuss-Preis.

ser derzeitiges System geschaffen wurde, hat sich die Rentenbezugsdauer um sieben Jahre verlängert, und wir alle wünschen uns ja, dass sich dieser Trend fortsetzt. Aber eine Gesellschaft, deren Altenanteil ständig wächst und die sich seit Jahrzehnten nur noch zu zwei Dritteln in der Zahl ihrer Kinder ersetzt, hat unvermeidlich große Probleme mit ihrer Alterssicherung. Das sollte den Menschen offen gesagt werden, und die Politik sollte nicht so tun, als habe sie alles im Griff. Das hat sie nicht.

Die Koalition will ab 2018 ihre Rentenpläne über Steuern finanzieren. Ist das richtig?

Etwas anderes bleibt ihr gar nicht übrig. Anderenfalls riskiert sie doch noch eine Revolte gegen unerträglich hohe Beitragssätze. Aber eines sollte klar sein: Diese zunehmende Mischfinanzierung aus Rentenbeiträgen und Steuern hat schon jetzt das System empfindlich beschädigt, und wenn das so weitergeht, wird es zerbrechen. Das alles lässt sich doch niemandem mehr erklären. Der eine bekommt eine Alterssicherung aufgrund von jahrzehntelangen Beitragsleistungen, und der andere bekommt eine ebenso hohe Sicherung aus irgendwelchen Steuertöpfen. Hier müsste die Gerechtigkeitsfrage ansetzen.

Sie plädieren also dafür, das Rentenpaket sofort über Steuern zu finanzieren?

Ja, aber nicht nur die jetzt in Aussicht genommenen Zusatzleistungen wie Mütterrente und Rente mit 63, sondern die gesamte Alterssicherung. Den Grund habe ich eben genannt. Die leistungsbezogene Rente ist de facto ein Auslaufmodell. Die höheren Rentenleistungen werden abgeschmolzen, und zugleich entstehen immer mehr Versorgungsansprüche aufgrund sozialer Erwägungen. So geht das nicht. Ich plädiere deshalb dafür, für alle eine gleiche steuerfinanzierte Grundsicherung zu schaffen und zugleich Anreize zu bieten, privat vorzusorgen.

Herr Miegel, vielen Dank für dieses Interview.

Die Fragen stellte **Thomas Sigmund**.